

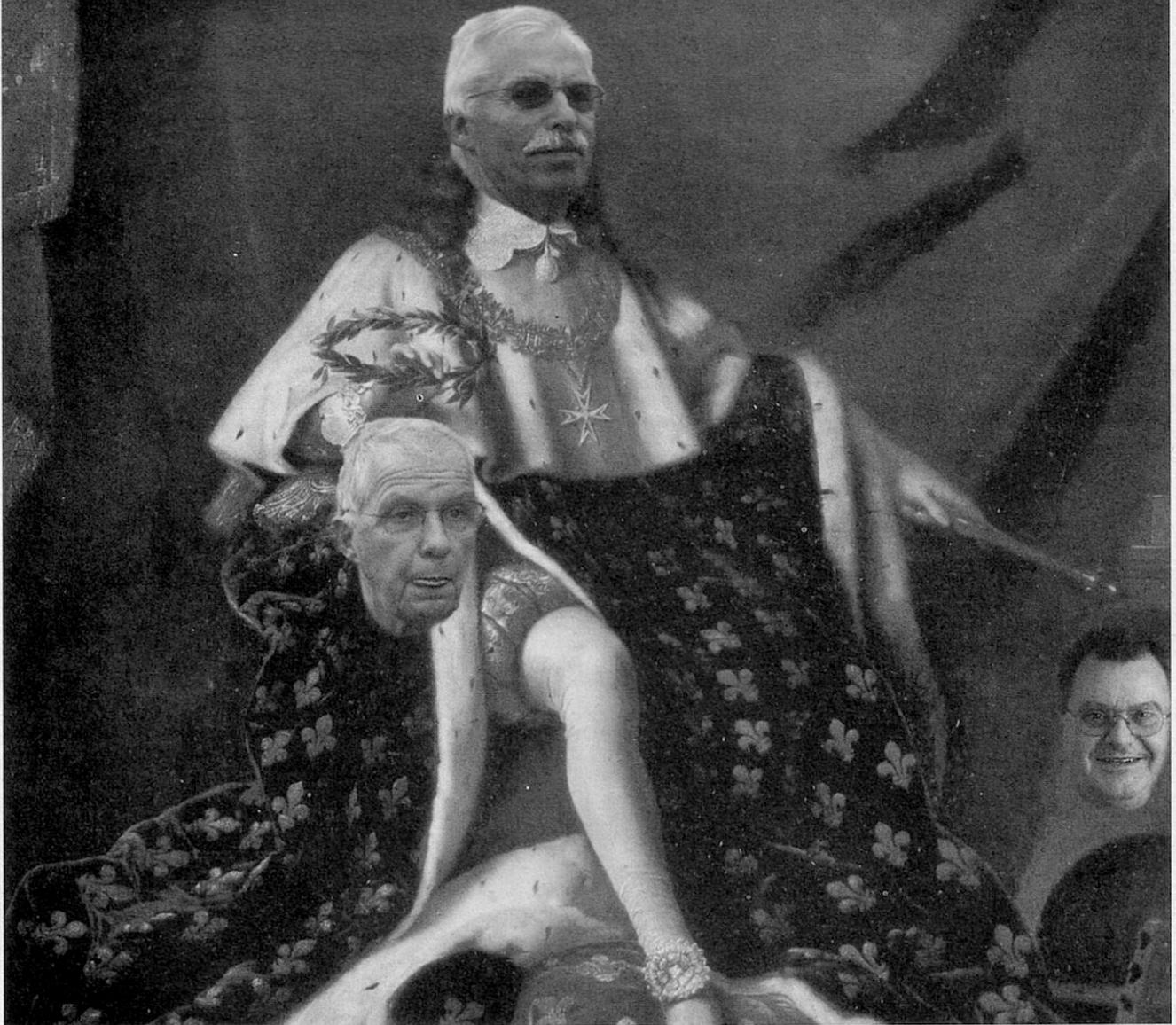


tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 45 · Herbst 2008 · Kostenlos

Der Bürger bin Ich



SOLINGEN GEHÖRT ~~UNST~~

mir und meinen Freunden.



Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von kommunalem Eigentum

INHALT

Ende der Solidarität im Bauverein?	Seite 3
Spektrum Verein und Fehthullah Gülen	Seite 5
Bürgerbegehren „Solingen gehört uns“	Seite 6
Eine Kommission für Ausländerrechte	Seite 7
Sozialtipps und Infos zu Hartz IV.	Seite 8
Wohin geht die City 2013?	Seite 9
Demo zum 15. Jahrestag des Brandanschlag	Seite 10
Blockiert den Rassistenkongress	Seite 11



Pina Bausch Geburtshaus an der Focher Straße abgerissen

Goethepreis in Frankfurt, Abriss in Solingen.

Die gebürtige Solingerin Pina Bausch, welche sich weltweit vor anerkennenden Ehrungen ihres Werkes kaum retten kann, erhielt jetzt aktuell den Goethepreis der Stadt Frankfurt. In ihrer Heimatstadt Solingen wurde das Geburtshaus der wohl bekanntesten Tochter dieser Stadt in diesen Tagen abgerissen. Trotz zahlreicher Initiativen war die Große-Kulturbaun- und Koalition in Rat und Verwaltung nicht bereit, das Haus vor Verfall und drohendem Abriss zu schützen. Am 14.03.2008 wurde eine entsprechende Abbruchgenehmigung erteilt. Die Solinger Morgenpost kolportierte anlässlich des Abrisses wieder einmal die wahrheitswidrige Behauptung des Oberbürgermeisters, wonach Frau Bausch selbst kein Interesse an der Erhaltung ihres Geburtshauses gehabt hätte. Den Solinger Lokalmedien war die Verleihung des Goethepreises, im Gegensatz zur überregionalen Presse, keine aktuelle Meldung wert. Offensichtlich hat die damals und heute einflussreiche Große Koalition der Kulturbaun- und Koalition es der Tänzerin und Choreographin bis heute nicht verziehen, dass sie sich vor vielen Jahren einmal kritisch über die konservativ verstaubte Kulturpolitik Solingens geäußert hat.

Kissel ein salonfähiger Papstgratulant?

Die sechs DinA4-Seiten lange Liste der Festschrift für Papst Benedikt XVI. anlässlich seines 80. Geburtstages, liest sich wie ein „who is who“ vor allem aus Militär, Kirche, Wirtschaft und Politik. Professor Dr. Gregor Ratzinger aus Regensburg hat sie herausgegeben, gemeinsam mit der „Gesellschaft zur Förderung Öffentlicher Verantwortung“ aus Hamburg. Prominente Mitunterzeichner sind Günther H. Öttinger, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Otto von Habsburg, Iwan Agrusow, der Ehrenvorsitzende der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Dr. Patrick Adenauer, auffällig viele ehemalige Generäle, Majore und Oberste, sowie Bundestagsabgeordnete, Kirchenführer und Wirtschaftsleute. Mitten drin aber auch „Bauingenieur Günther Kissel, Solingen“, der, bekannte Ausschwitzleugner, Volksverhetzer und rechtsextremistische Drahtzieher.

Kissel selbst wird stolz sein auf seine Zugehörigkeit zu diesem Kreis der ehrenwerten Gesellschaft. Auf die Herausgeber der Festschrift und die Gesellschaft seiner Mitgratulantinnen allerdings wirft es ein zweifelhaftes Licht. Oder sind in diesem Konglomerat von Kirche, Militär, Politik und Wirtschaft solche Ausschwitzleugner immer noch willkommen? Frank Knoche

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 tacheles-solingen@gmx.de
 www.tacheles-solingen.de

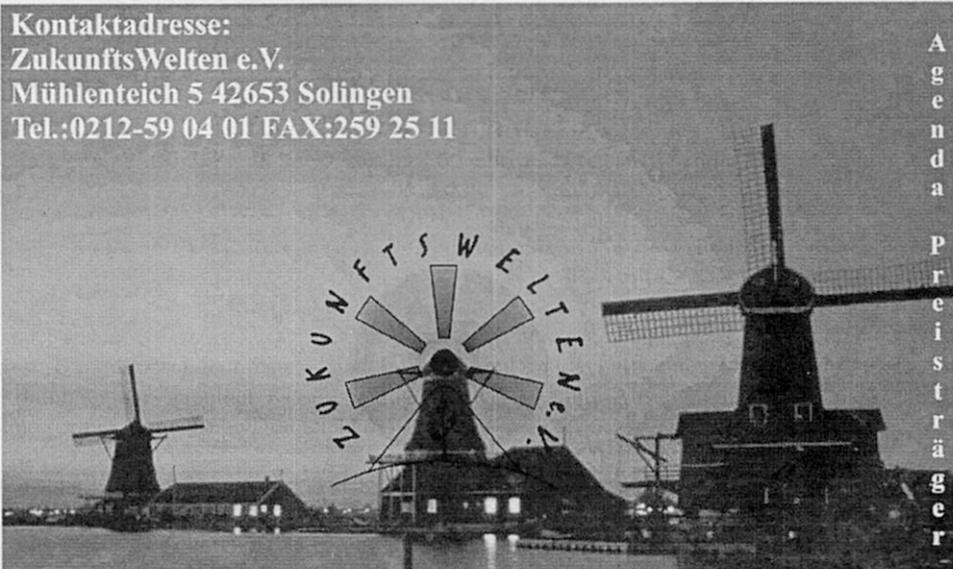
Druck: Ordensgemeinschaft – Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
 Ausgabe 45 – 1. September 2008

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
 c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung:
 Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
 BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
 Konto-Nr. 546 4641

Fotos & Layout: Heinz Mähner

Kontaktadresse:
 ZukunftsWelten e.V.
 Mühlenteich 5 42653 Solingen
 Tel.: 0212-59 04 01 FAX: 259 25 11





WAS HEISST HIER GEMEINNÜTZIG

Ende der Solidarität im Spar- und Bauverein?

Der Spar- und Bauverein (SBV) reißt Häuser ab und verkauft ganze Blocks an Investoren. Er erhöht Mieten und verdrängt dadurch Mitglieder, die sich in finanziellen Notlagen befinden. Seine Neubauten entstehen auf der grünen Wiese und sind für viele zu teuer. Der SBV verhält sich fast wie jeder andere Investor. Doch er ist eine gemeinnützige Genossenschaft, seine 7300 Wohnungen gehören eigentlich den 14.000 Mitgliedern. Sie sollten über die Geschäfte entscheiden, ihren Interessen sind Vorstand und Verwaltung verpflichtet, nicht denen des Wohnungsmarktes.

Ursprünglich war der Spar- und Bauverein

von den eigentlichen Zielen der Genossenschaft und den Mitgliedern. Positive Beispiele werden gerne gefeiert und mit aller Macht der eigenen Propaganda verbreitet, alternative Ideen zur Wirtschaftsweise des SBV fehlen jedoch völlig. Dass nicht alles so eindeutig ist wie es der Vorstand gerne hätte und nicht alles gut und erfolgreich war, was beschlossen wurde und wird, findet in der genossenschaftseigenen Zeitschrift „Wohnen im Licht“ keine Erwähnung. Ebenso vergeblich sucht man hier Kritik an den bürokratischen Hürden und den alltäglichen Ungerechtigkeiten des SBV, mit denen sich viele Mitgliedern täglich

funktionieren und soll wohl auch nicht. Mitglieder werden so um ihr Mitbestimmungsrecht gebracht. Bestimmt wird das Denken im Vorstand des Bauvereins von den üblichen wirtschaftlichen Interessen: riesige Projekte, große Investitionen, hohe Renditen. Für den Rentner, Harz-IV-Empfänger oder große Familien ohne viel Geld ist in diesem Denken wenig Platz, egal wie viele Jahre sie treue Mitglieder der Genossenschaft sind. Es wird entgegnet, das seien immer nur Einzelfälle, doch ist solidarisches Handeln wie in der Satzung festgeschrieben nicht genau die Rücksicht auf die Schwachen?

Warum werden die Häuser, die verkauft werden sollen, nicht zuerst den Mitgliedern angeboten, die ja schließlich durch ihre Geldeinlagen den Bau erst ermöglicht haben? Sind die Leerstände unvermeidlich oder ließen sie sich nicht mit einer besseren Instandhaltung und Wohnumfeldgestaltung verhindern? Muss eine Genossenschaft, die sich dem solidarischen Handeln verpflichtet hat, nicht gerade in Zeiten der allgemeinen Preissteigerung Rücksicht auf die Mitglieder nehmen und teurem Wohnraum bewusst entgegen steuern?

Die Genossenschaft gehört den Mitgliedern!

Neben verschleppter Vermittlung von Ersatzwohnraum für finanziell Schwächere, inkonsequenter Wärmedämmung und mangelnder Information und Beteiligung der Mitglieder, sind die massiven Verkäufe von Wohnraum ein Beispiel für die fragwürdige Politik des SBV-Vorstands. 85 Wohnungen an der Neustraße und im Bereich „Böckerhof alt“ (Bismarck-, Bülow-, Goeben-, Körner- sowie Kirberger Straße) wurden in der letzten Zeit an die Remscheider



Ehemalige Bauvereins-Häuser Kirberger Straße, Ecke Körnerstraße: Der Erwerber, die Rucker-Immobilien-Portfolio AG, verkauft schon wieder weiter.

eine Art Selbsthilfe für Menschen, die preiswerten und sicheren Wohnraum wollten. Sie organisierten sich in einer Genossenschaft, um ihre Wünsche durch gegenseitige Unterstützung zu verwirklichen. Diese Idee findet sich noch in der Satzung wieder, hier verpflichtet sich die Genossenschaft dem solidarischen Handeln, humanen Wohnen und der Selbstverwaltung (vgl. Kasten). Wenige von diesen Zielen werden im Alltag angewendet. Stattdessen entfernen sich die Strategien des Vorstandes und der Verwaltung kontinuierlich

rumschlagen müssen. Die Zeitung ist nur ein Werbeblättchen für die Politik des Vorstands, für die unbequemen Belange der Mitglieder bleibt kein Platz und leider wird in der Tagespresse auch meist nur mitgejubelt.

Undurchsichtig und Ungerecht

So werden die Mitglieder vom Vorstand ihrer eigenen Genossenschaft aus den wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen und für dumm verkauft. Selbstverwaltung, wie sie in der Satzung festgeschrieben ist, kann so nicht

Rucker-Immobilien-Portfolio AG verkauft. Weitere 37 Wohnungen an der Kanalstraße/Zweigstraße wurden an einen anderen Investor verkauft. Zum Teil sollen die Wohnungen, von denen der größere Teil bewohnt ist, von den Firmen schon wieder weiter verkauft worden sein. Verkäufe am Spielbruch, an der Klauberger Straße und am Erbenhäuschen/Hasselstraße sind vom SBV angekündigt. Der SBV soll in jüngster Zeit aber auch an der Weyersberger Straße, Lingmannstraße, Kotter Straße und Stahlstraße Gebäude

verkauft haben. Bis heute fehlt eine eindeutige Festlegung welche Wohnungen im Besitz des SBV dauerhaft verbleiben. Diesbezüglich ist eine langfristige Strategie über Verkäufe und Erhalt gegenüber den Mitgliedern nicht dargestellt worden. Oft geht Angst in den Siedlungen um, als nächstes dran zu sein.

Steht hier das Interesse der Mitglieder im Vordergrund oder langfristige städtebauliche Fantasien einiger Vorstände?

Geprägt wird die Politik des SBV durch ein paar „Platzhirsche“, für die eine Vertreterversammlung nur ein notwendiges Übel ist und die keine echte Kritik zulassen. Sie haben offenbar längst das Interesse der Mitglieder und den Sinn der gemeinnützigen Genossenschaft aus den Augen verloren. Es ist zu hoffen, dass es den Mitgliedern gelingt durch ihre Mitbestimmung den Kurs des SBV zu ändern, solange es noch möglich ist, denn es ist zu befürchten dass die Mitsprachemöglichkeiten weiter eingeschränkt werden. Es ist allen Mitgliedern des SBV dringend geraten, die Vorhaben ihrer Genossenschaft genau zu beobachten und ihre Vertreter zur Rede zu stellen. Denn die Genossenschaft gehört ihren Mitgliedern und es wird Zeit, dass sich der Vorstand und die Verwaltung daran erinnern.

s. Jaster

Auszüge aus der Satzung des Spar- und Bauvereins Solingen eG:

Präambel

Im Bewusstsein der Bedeutung humanen Wohnens für den einzelnen und die Gemeinschaft, überzeugt davon, dass gerade Genossenschaften befähigt sind, dieses Wohnen zu ermöglichen,

in Anerkennung des Prinzips der Gemeinnützigkeit,

im Wissen um die Möglichkeiten solidarischen Handelns,

in Verantwortung für den Schutz der natürlichen Umwelt,

der Tradition der Selbstverwaltung der Häuser und Wohnungen verpflichtet,

hat sich die Spar- und Bauverein Solingen eG Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft diese Satzung gegeben.

§2 Zweck und Gegenstand der Genossenschaft

(1) Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch die Errichtung von Wohnungen und deren Vermietung an die Mitglieder zu angemessenen Preisen.

...

§14 Wohnliche Versorgung der Mitglieder

(1) Die Nutzung einer Genossenschaftswohnung sowie der Erwerb eines Eigenheimes oder einer Wohnung in der Rechtsform des Wohnungseigentums stehen ebenso wie die Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen in erster Linie Mitgliedern der Genossenschaft zu.

...

§15 Überlassung von Wohnungen und Eigenheimen

(1) Die Überlassung einer Genossenschaftswohnung begründet grundsätzlich ein dauerndes Nutzungsrecht des Mitgliedes.

...

§23 Aufgaben und Pflichten des Vorstandes

...

(2) Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet,

a) die Geschäfte entsprechend genossenschaftlicher Zielsetzung zu führen, ...

**MESSE-
STÄNDE**

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Obere Holzstraße 14
42653 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

tacheles-Jahresabo
Ein Jahr für 13€ frei Haus
Unterstützer-Abo 20€ frei Haus



Bankverbindung:
Bürgerinitiativenbüro e. V.
BLZ 33060592 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Stichwort "tacheles-Abo"

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



Spektrum Bildungs- und Dialogverein e.V. streitet „direkten“ Zusammenhang mit Fethullah Gülen ab

Dass die Gülen-Anhänger gegenüber ihren Kritikern „Liebe und Toleranz für einen Augenblick vergessen“ und „die Fethullahcisis Gerichten weltweit als klagefreudig“ gelten, darüber wusste das Deutschlandradio, in seiner Sendung „Europa heute“ im März dieses Jahres, schon zu berichten. Wie das konkret aussieht, davon bekam die tacheles, nach ihrem Artikel über „Fethullah Gülen und seine Schulen“ in der Ausgabe 44 einen Vorge-schmack. Obwohl in diesem Bericht das konkrete Solinger Projekt eines privaten Gymnasiums lediglich als Anlass genommen wurde, um allgemein auf die Erfahrungen und Gefahren der Fethullah-Gülen-Schulen hinzuweisen, zog sich der Vorstandsvorsitzende des Solinger Spektrum Vereins, Necattin Topel den Schuh an und drohte über seinen Rechts-anwalt mit Unterlassungsklage und Gegen-darstellung, die allerdings bis heute aussteht. Topel verwehrt sich dagegen, dass sein Bil-dungs- und Dialogverein als Gründer einer Privatschule in Solingen „in einen direkten Zusammenhang mit Fethullah Gülen“ ge-bracht wurde.

Dass eine direkte persönliche Verbindung zu dem in den USA lebenden türkischen Is-lamprediger, der von manchen auch als neuer Prophet bezeichnet wird, besteht, hatte aller-dings niemand behauptet. Und eine solche di-recte und tatsächliche Verbindung zu Fethul-lah Gülen oder dem Netzwerk der Fethullah-cis kann dem Solinger Verein auch wirklich nicht nachgewiesen werden. Allerdings be-steht offenbar eine innige geistig-religiöse Beziehung zwischen Herrn Topel und minde-stens zwei weiteren Vorstandsmitgliedern zu dem Begründer der weltweit operierenden is-lamischen Bildungsbewegung von Gülen. In mehreren Diskussionen bekannten sie sich zu ihm und verteidigten ihn vehement vor Kritik. Damit reagierten die Exponenten des Solinger Spektrum-Vereins fast genauso wie Yusuf Or-dueri, der Geschäftsführer des Privatgymnasi-ums vom „Verein für Integration und Bil-dung“ in Hannover, der „eine organisatori-sche Verbindung zu Herrn Hodscha Fethullah Gülen“ verneinte, aber hinzu fügte: „Wir als Mitglieder lieben und respektieren ihn, lesen seine Bücher und folgen seinem vorgezei-chneten Weg.“

Auch Ali Yildirim vom „Bildungsverein“ der „Sema“- Schule in Mannheim begegnet dem Vorwurf der Nähe zu Gülen mit dem „Argument“, dass es keinen Religions-, son-der Ethikunterricht gäbe. Dass man anson-sten für die Gülen-Thesen „offen“ sei, wäre Privatsache und habe nichts mit der Schule zu tun. Auch das von einer Elterninitiative ge-gründete Kölner Privatgymnasium „Dialog“ behauptet weltanschaulich neutral zu sein. Für Bülent Arslan vom „Deutsch-Türkischen

Forum der CDU NRW“ ist jedoch klar, dass der „Dialogkreis eine der Bildungseinrichtun-gen der Fethullah-Gülen-Organisation ist“.

Schließlich ist der fehlende Nachweis zu einer direkten Verbindung zum Gülen-Netz-werk noch längst kein Beweis dafür, dass es sich um keine dem Netzwerk zugeordneten Bildungseinrichtung handelt. Offiziell gehört nämlich keine der immer zahlreicher werden-den „türkischen“ Privatschulen zu diesem Netzwerk. Dies entspricht den Organisations- und Verschwiegenheitsprinzipien der Fethul-lahci. Die in Istanbul geborene Sozialwissen-schaftlerin Necla Kelek, bezeichnete in der FAZ Gülen's Bewegung als „die einflussreich-ste politisch-religiöse Geheimorganisation in der Türkei“. „Sie arbeiten konspirativ und warten, bis ihre Zeit gekommen ist“, glaubt sie. Der Islamwissenschaftler Dr. Bekim Agai vom Institut für Orient- und Asienwissen-schaften an der Universität Bonn berichtet in der FAZ vom 19. Februar 2008 darüber, dass die Bewegung in Deutschland mit Nachhilfe-zentren „in nahezu jeder größeren Stadt aktiv ist und sich bemüht, private Schulen zu eröff-nen, ohne dabei eine offizielle Zentrale zu be-sitzen, was jedoch nicht bedeutet, dass die Aktivitäten im Netzwerk nicht koordiniert werden“. Der Islamwissenschaftler von der Evangelischen Fachhochschule in Berlin, Ralph Ghabban, hält die Gülen-Projekte gera-de auch deshalb für gefährlich, weil sie „un-fassbar“ seien „Unter dem pseudo-moderni-stischen Lack steckt eine islamistische Auf-fassung“, analysiert er.

Betrachten wir den nicht unwesentlichen Einfluss der Fethullahcisauf die türkische Re-gierungspartei AKP, die ihren Wahlsieg nicht zuletzt der Unterstützung der Gülen-Anhän-

ger zu verdanken hat, dann wird auch deutlich in welchem Zusammenhang die Gründung so genannter türkischer Privatschulen mit der Forderung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan nach der Einrichtung von türkischen Schulen in Deutschland steht. Insbesondere außenpolitisch bedient sich die türkische Regierung zunehmend des Gülen-Medien und Bildungs-Imperiums, um ihre ei-genen politischen Ziele zu verwirklichen. Dies wurde besonders deutlich anhand der Arbeit der Gülen-Schulen in den Turkrepubli-ken der ehemaligen Sowjetunion. Fethullah Gülen propagiert eine Art von türkisch-islamischer Synthese, welche vollkommen dem außenpolitischen Interesse des türkischen Staates entspricht.

Für die Islam-Kennerin Claudia Dantschke vom Zentrum Demokratische Kultur in Berlin ist Gülen kein Reformler, sondern ein ortho-doxer Gelehrter, der den Islam mit moderner Technik und Wissenschaft verbindet und so für die Globalisierung „fit machen“ will, wo-bei er vorhandene Defizite im Bildungssy-tem aufgreift. Dass die Gülen-Anhänger ge-rade hier in Deutschland an unerträglichen Bildungssystem-Defiziten gerade für türki-sche Kinder anknüpfen können, kann ihnen nicht vorgeworfen werden. Dafür sind dieje-nigen verantwortlich, die starkköpfig am dreigliedrigen Schulsystem festhalten und längst notwendige Reformen verhindern. Wer wie das Kölner Erzbistum und die Bezirksre-gierung Köln die Einrichtung bilingualen Un-terrichts an der St. Nicolaus Schule in Zoll-stock aus Angst vor „muslimischen Lehrern“ verhindert, der leitet nur noch Wasser auf die Mühlen der Islamisten.

Frank Knoche



Wer einmal Lust auf die etwas andere
Geburtstagsgestaltung hat, ist bei uns richtig.
Ein Tag mit viel Spaß im Gelände und Euer
Geburtstag bleibt allen in Erinnerung!
Infos unter Tel. 23 09 777
RBN Naturschutz aktiv in Solingen

BÜRGERINITIATIVE: ERFOLGREICH!



Gerhard Walsken, Barbara Wietscher als Liëwerfrau und Jörg Becker als Schlieper, die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens, bei der Übergabe von Unterschriften an den Oberbürgermeister

Nach knapp einem Jahr Unterschriften sammeln war es soweit: „Solingen gehört uns“ (<http://www.solingen-gehört-uns.de>), die Bürgerinitiative gegen eine Privatisierung kommunalen Eigentums, hatte rund 8.000 Unterschriften gesammelt; genug, um die von der Gemeindeordnung geforderten 6.100 Unterschriften abgeben zu können. Und in einer feierlichen Aktion, verkleidet als Schlieper und als Liëwerfrau, übergaben die Sprecher der Bürgerinitiative dem Oberbürgermeister die 8.000 Unterschriften in einem Wäschekorb am 26. Mai 2008 im Rathaus.

An dieser Stelle muss allen Solinger Bürgerinnen und Bürgern gedankt werden, die mit den Mitgliedern der Initiative auf den Straßen so offen und engagiert diskutiert und schließlich mit ihrer Unterschrift das Begehren nach § 26 der Gemeindeordnung von NRW unterstützt haben. Es waren viele, viele Hausfrauen, Handwerker, bekennende Parteimitglieder von CDU und SPD – von der SPD

erinnere ich sogar einen aktiven Parteifunktionär! -, Familienväter, Studenten, Rentner, Arbeitslose, Lehrer, Grafiker, Anwälte, Beamte und einzelne Unternehmer. Den allerletzten und großen Schwung bei der Unterschriftensammlung brachten dann die vielen, vielen Bewohner des Walder Bertinghauses, dem städtischen Altenheim, dessen Bewohner zwangsbeglückt in ein anderes Heim umziehen sollen, die das aber selbst gar nicht wollen und die auch nie nach ihren Wünschen befragt wurden.

Unvergessen bleiben zwei Vorträge, die die Bürgerinitiative – zum Teil in Kooperation mit anderen Trägern – veranstaltete. Da war zum einen der Vortrag von Prof. Dr. Julian Roberts von der Münchener Anwaltskanzlei Rössner im Clemensaal über die mehr als seltsamen Devisen- und Zinsspekulationen des Solinger Kämmerers Ernst Schneider (CDU) am 17. Dezember 2007, und da war dann der denkwürdige Vortragsabend am 2.

Juni 2008 im Salon 122 in der Neuenhoferstrasse. Hier zerrissen der Kölner Publizist Werner Rügemer und der Münchener Rechtsanwalt Dr. Andreas Mylaeus die „geheimen“ Verträge zwischen der Stadtverwaltung und der SEPA GmbH, dem Stuttgarter Investor für den neuen Rathausbau.

„Geheim“ waren diese Verträge insofern, als die Bürgerinitiative sie erst mit anwaltlicher Hilfe unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz des Landes NRW der Stadt abgetrotzt und dann zur Begutachtung weiter geleitet hatte. Dr. Mylaeus ging in seinem Vortrag so weit zu behaupten, dass alle Verträge rechtswidrig seien, da der Stadt und dem Regierungspräsidium die notwendigen Wirtschaftlichkeitsvergleichsrechnungen nie vorgelegen hätten.

Dass gerade diese Veranstaltung über den Rathausneubau ein Erfolg war, mag man zum einen daran ermesen, dass die Stadtverwaltung gleich drei ihrer Beigeordneten zu die-



sem Abend „abgeordnet“ hatte und daran, dass Andreas Baumann, Redaktionsleiter des „Solinger Tageblatt“, seinem Kommentar vom 4. Juni 2008 die Überschrift gab „Muss es wirklich ein Investor sein?“. „Hat die Rathausführung wirklich gut mit dem Investor SEPA verhandelt? [...] Die Alternative, selbst zu investieren, voreilig zu verwerfen, war falsch.“

Wie geht es weiter? „Solingen gehört uns“ wird sich sehr aktiv in den beginnenden Kommunalwahlkampf einmischen und wird massiv darauf hinweisen, dass die politischen Parteien, die auf der Ratssitzung am 11. September 2008 eine Privatisierung kommunalen Eigentums befürworten, nicht wählbar sind. Wie befürchtet (und wie erst kurz vor Redaktionsschluss von „tacheles“ bekannt wurde), will Oberbürgermeister Haug dem Rat am 11. September 2008 vorschlagen, das Bürgerbegehren aus juristischen Gründen abzulehnen. Damit wäre in Solingen erneut die Chance für einen kontroversen politischen Dialog vertan. Wo die beiden Rechtsämter der Städte Essen und Mülheim den dort jeweils benutzen und später von Solingen fast gleichlautend übernommenen Text für Bürgerbegehren für rechtskonform hielten, entschied das Rechtsamt der Stadt Solingen anders. Hier in Solingen gilt der Text nicht als rechtskonform. Wie die Stadt den Solinger Bürgerinnen und Bürgern erklären will, dass Solingen gegenüber Essen und Mülheim eine Zone niederen Rechts ist, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.

Das Bürgerbegehren wird in einer öffentlichen Sitzung des Rats der Stadt Solingen am 11. September 2008 um 16 Uhr im Konzertsaal des Theatergebäudes verhandelt. Wir hoffen auf rege Beteiligung und Teilnahme der gesamten Solinger Bevölkerung!

Jörg Becker

Tipps:

Klaus Rütgen: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid: dargestellt am Beispiel des § 26 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung, Baden-Baden: Nomos Verlag 1997.

Werner Rügemer: „Heuschrecken“ im öffentlichen Raum: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments, Bielefeld: transcript Verlag 2008.

Am 1./2. November 2008 findet eine Bundeskonferenz für öffentliches Eigentum in Braunschweig statt. Kontakt: Initiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums, Braunschweig Kerstin Lindner: 0175 1104728, www.unser-braunschweig.de.

Gründung einer „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“ (ARBK) in Solingen

Kommission soll in Härtefällen helfen, um Abschiebungen zu vermeiden

Ein breites Bündnis aus VertreterInnen des Zuwanderer- und Integrationsrates, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, des Netzwerkes Bleiberecht, von amnesty international und von zwei RechtsanwältInnen hat ein Konzept für eine „Ausländerrechtliche Beratungskommission Solingen (ARBK)“ entwickelt. Nach einer mehrmonatigen Diskussion wurde die endgültige Fassung im Mai verabschiedet und veröffentlicht, weil man auf eine lokalpolitische Legimitation nicht mehr warten wollte.

Schon 2004 war ein Antrag im Zuwanderer- und Integrationsrat gestellt worden, in Solingen eine Kommission zu gründen, die bei Aufenthaltsproblemen gemeinsam mit der Ausländerbehörde Möglichkeiten suchen sollte, in humanitären Härtefällen den betroffenen Menschen doch noch den weiteren Aufenthalt in Solingen zu ermöglichen. In anderen Städten arbeiten solche Kommissionen nämlich schon erfolgreich.

Derzeit versucht die ARBK vier SeniorInnen zu helfen, damit sie weiterhin in Solingen leben können (tacheles berichtete...) Da die Kinder und teilweise auch die Enkel der SeniorInnen hier ein Aufenthaltsrecht haben, soll verhindert werden, dass sie voneinander getrennt werden, zumal alle Familien ihren Eltern/Großeltern Unterstützung zum Lebensunterhalt zugesagt haben. Keiner der Betroffenen wird auf öffentliche Hilfe angewiesen sein.

Zu weiteren absurden gesetzlichen Regelungen gehören beispielsweise Fälle, in denen Minderjährigen ein Bleiberecht gewährt werden kann, ihren Eltern aber nicht.

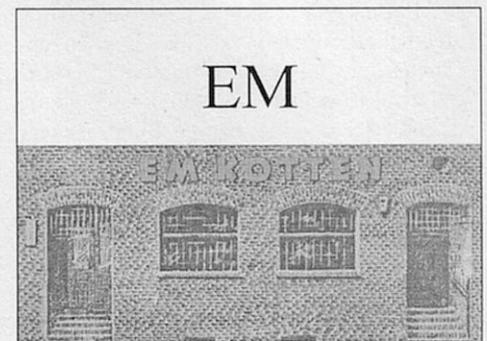
Mit solchen ausländerrechtlichen Härtefällen haben alle Mitglieder der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission Solingen“ auch in anderen Fällen bereits Erfahrungen gemacht. Die neun Aktiven möchten gemeinsames Wissen und Engagement einsetzen, um MitbürgerInnen zu helfen, die von solchen ausländerrechtlichen Problemen betroffen sind und die bereits alle bekannten Rechtsmittel ausgeschöpft haben.

Die Beratungskommission möchte Vorschläge und Vergleiche erarbeiten, die es der Ausländerbehörde ermöglichen sollen, sämtliche gesetzliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um humanitäre Härtefälle zu vermeiden.

Die ARBK möchte auf lokaler Ebene Aufgaben übernehmen, die in Nordrhein-Westfalen durch die Härtefallkommission geregelt werden. Sie hat natürlich keine Entscheidungsbefugnis gegenüber der Ausländerbehörde und bezeichnet sich deshalb auch als Beratungskommission. Es geht vor allem um

eine konstruktive und gute Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde zugunsten der hilfsbedürftigen Menschen.

Helmut Eckermann



KOTTEN

Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582
weitere Infos unter
www.em-kotten.de

Live Veranstaltungen

30.08..08 20 Uhr
Live Veranstaltung
John Hayes

12.09.08 20 Uhr
Live Veranstaltung
Karaoke Show
Eintritt frei

19.09.08 20 Uhr
Live Veranstaltung
Autopilot + Octane

Sozial-Tipps und Infos

von Frank Knoche

Mehr für Heizung

Nach mehrmaliger Intervention der grün-öffenen Fraktion hat die Stadt Solingen ab Ende August den Richtwert der Angemessenheitsgrenze für Gas- und Ölheizungen von 1,26 auf 1,52 Euro pro Quadratmeter erhöht. Damit wurde zwar spät aber immerhin auf die Nöte der ALG-II- und Grundsicherungs-BezieherInnen reagiert.

Anrechnung der Verpflegung bei stationären Aufenthalten unrechtmäßig
Bisher war es gängige Praxis, dass ARGEn und Optionskommunen Verpflegung, die ALG II Bezieher während eines stationären Aufenthaltes erhielten, als Einkommen anrechneten bzw. als bedarfsmindernd berücksichtigten. In seiner jüngsten Entscheidung (Az. B 14 AS 22/07 R) hat das Bundessozialgericht die Anrechnung von Verpflegung, die ein ALG II Empfänger während eines stationären Aufenthaltes erhält, für rechtswidrig erklärt.

Alle seit dem 1. Jan. 2005 bis 31. Dez. 2007 Betroffenen sollten unverzüglich einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X stellen und die Nachzahlung des ihnen rechtswidrig gekürzten ALG II fordern. Schließlich hat auch die Solinger Hartz-Behörde mit ihrer Kürzung der Leistung bei stationärer Verpflegung den sowie so schon gebeutelten ALG-II-Empfänger jahrelang zu Unrecht geschädigt. Auf die Anfrage des sozialpolitischen Sprechers der grün-öffenen Fraktion, wie die Behörde gedenke den entstandenen Schaden wieder gut zu machen, gibt es noch keine Antwort.

ARGE bald dicht?

Die Öffnungszeiten der Hartz-IV-Behörde ARGE an der Kamper Straße haben sich in drei Jahren von anfänglich 32,5 Stunden wöchentlich auf bis jetzt 22,0 Stunden (ab 24.08.06) reduziert, obwohl sich das Personal in der gleichen Zeit erhöht hat. Kundenfreundlichkeit und -service gilt wohl nur für Besserverdiener. Geht die Reduzierung der Öffnungszeiten im gleichen Tempo weiter, wäre die ARGE spätestens in 2010 ganz dicht.

SALZ war zu unabhängig

Auf die Anfrage, warum die ARGE die Sozialberatung im Solinger Arbeitslosenzentrum SALZ nicht unterstützt hat, um eine vorzeitige Schließung zu verhindern, antwortete jetzt die Verwaltung, dass „eine vom Leistungsträger unabhängige Beratung“ von der Hartz-Behörde „naturgemäß nicht finanziert“ werden kann. Auf die Zusatzfrage der Grünen, „ob man denn abhängige Beratung finanziell unterstützen würde“, steht die Antwort noch aus.

Hartz IV macht Reiche reicher

Die Bruttogewinnquote (aus Unternehmens- und Vermögensgewinnen) stieg von 29,2 Prozent in 2003 auf 34,4 Prozent im Jahr 2006. Die Brutto Lohnquote aus abhängiger, bzw. unselbständiger Beschäftigung sank entsprechend von etwa 70 auf 65,6 Prozent. Diese Umverteilung in der Einkommensentwicklung stehe laut Analyse des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen. Die Brutto Lohnquote wird von ungefähr 89 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung erbracht.



Pressemitteilung zum Rathausneubau: MigrantInnen vergessen

Die Internationale Liste wendet sich mit Empörung und Entschiedenheit gegen den Umzug des „Integrationsbüros“ (Ausländerbehörde) in die Gasstraße

Nach unseren Informationen fasst das neue Rathausgebäude, das am 6. September eingeweiht werden soll, nicht alle Mitarbeiter der städtischen Verwaltung. Die Konsequenz daraus ist die Auslagerung der „Integrationsbehörde“.

Dabei geht es auch anders: Seit Jahren ist zum Beispiel das Ausländeramt Wuppertal mit Sozialamt, Arbeitsamt und den Wohlfahrtsverbänden in einem Gebäude untergebracht, um lange Wege zu sparen. Ich fand es sehr praktisch, dass die Migranten dort ohne viel Aufwand und Kosten alles vor Ort regeln können. Ich habe mir erhofft, dass diese Wuppertaler Praxis demnächst auch in Solingen umgesetzt würde. Aber leider habe ich durch Zufall erfahren müssen, dass das Ausländer- und Integrationsbüro zur Gasstraße verlagert wurde. Dadurch wird eine Vernetzung auch mit den schon im Rathaus angesiedelten Diensten (Ausländerbeauftragte, RAA) erschwert. Dabei werden gerade in der Nordstadt zur Zeit einige Integrationsprojekte mit

hohem finanziellen Aufwand (Landesprojekte) durchgeführt. Davon wird das Integrationsbüro jetzt abgeschnitten. Dies ist kontraproduktiv.

Von wem auch immer die Entscheidung angeordnet wurde, einen Weg durch die politischen Instanzen hat sie nicht gefunden. Es wäre zumindest ein Gebot der Schicklichkeit und Fairness gewesen, die Angelegenheit im Integrationsbeirat zu diskutieren.

Zum Schluss möchte ich anmerken, dass die Angelegenheit einen merkwürdigen Beigeschmack hat. Es könnte leicht so verstanden werden, als ob Migranten im neuen Rathaus nicht erwünscht sind. Um diesem – sicherlich falschen – Eindruck vorzubeugen, halten wir es für dringend angeraten, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Mit freundlichen Grüßen
Hassan Firouzkhah

Was macht die „Internationale Liste“?

Gegründet wurde die Internationale Liste 1999 als Wählerinitiative für die Wahl zum damaligen Ausschuss für Zuwanderer und Integration und brachte Hassan Firouzkhah als Senkrechstarter direkt in das Gremium. Ihr Ziel war, für diejenigen Solinger Zugewanderten da zu sein, die nicht aufgrund ihres hohen Bevölkerungsanteils sowie in dem Gremium vertreten sind. Dabei schrieb sich Listenvertreter Firouzkhah besonders die Belange der in Solingen lebenden Flüchtlinge ins politische Notizbuch. In Folge machte sich die Liste immer wieder vehement mit Anträgen, Presseklärungen und zahlreichen politischen Aktionen bemerkbar, so zum Thema Flüchtlingswohnheime, zur Abschiebung von Flüchtlingen, zur Gründung einer Härtefallkommission, zu Verbesserungen im Ausländeramt und Räumlichkeiten für Immigrantvertreter, um nur einige zu nennen.

Nach acht Jahren erfolgreichen Einsatzes möchte die „Liste“ nun ihre Aktivitäten auf breitere Füße stellen. Nicht zuletzt um diese politische Arbeit auch in der 2009 beginnenden Legislaturperiode weiter fortsetzen zu können, wird nun ein gemeinnütziger Verein gegründet. „Wir möchten verstärkt kulturelle Veranstaltungen durchführen, um so das Verständnis von Einheimischen und Zugewanderten zu verbessern und die Vernetzung unter den ‚ausländischen‘ Vereinen zu stärken“, betont Hassan Firouzkhah als derzeitiger Sprecher des künftigen Vereins. „Wir hoffen natürlich auch, mit einem größeren Stimmenanteil und mehr VertreterInnen in den nächsten Zuwi einziehen zu können.“



WOHIN GEHT DIE CITY 2013?

Stadt beantragt EU-Gelder für ein neues Programm zur Entwicklung der Innenstadt



Die große halbrunde Sitzanlage auf dem Alten Markt ist bei Jung und Alt beliebt. Wird sie einer Umgestaltung zum Opfer fallen?

Die Stadt Solingen hat keinen genehmigten Haushalt. Deshalb können bedeutende Stadtentwicklungsmaßnahmen in der Regel nur noch mit Hilfe von EU-Fördermitteln finanziert werden. Die Antragstellung übernimmt dabei die Bergische Entwicklungsagentur. Am 10.8.2008 wurde in der Tagespresse über ein neues Stadtentwicklungsprojekt berichtet: „City 2013 – Kreativ- und Standortoffensive für die Solinger Innenstadt“. In der Projekterläuterung heißt es: City 2013 „will auf der Basis eines integrierten Entwicklungskonzeptes offensiv kreative Lösungen für den öffentlichen Raum der Innenstadt entwickeln und umsetzen und so die u.a. im Rahmen der Regionale 2006 erzielten positiven Effekte weiter stärken.“ Dabei sollen fünf Maßnahmenpakete umgesetzt werden:

- ◆ „Städtebauliche, inhaltliche und thematische Verknüpfung der Teilräume und Pole (qualitätvolle Wegebeziehungen)“ zwischen der südlichen Innenstadt rund um den ehemaligen Hauptbahnhof, der eigentlichen City und der Nordstadt.

- ◆ „Maßnahmen zur Gestaltung und Belebung des Öffentlichen Raums (Umgestaltung Alter Markt, Entenpfuhl, etc.)“

- ◆ „Entwicklung von kreativen Potenzialstandorten (Halle 10, Bachtorzentrum, Omega-Gelände etc.)“

- ◆ „Gebiets- und Kreativmanagement (Vorbereitung und Umsetzung ISG für die untere Hauptstraße, Koordinierung des Gesamtprozesses, Baustellenmanagement etc.)“. Mit

ISG ist eine „Immobilien- und Standortgemeinschaft“ gemeint, eine Form der sog. Private-Public-Partnerships (PPP). Grundlage dafür ist der Ende 2006 im Baugesetzbuch eingefügte § 171 f. Danach können „Gebiete festgelegt werden, in denen in privater Verantwortung standortbezogene Maßnahmen durchgeführt werden, die auf der Grundlage eines mit den städtebaulichen Zielen der Gemeinde abgestimmten Konzepts der Stärkung oder Entwicklung von Bereichen der Innenstädte, Stadtteilzentren (...) dienen.“

- ◆ „Profilierung und Vermarktung (Events, Workshops, Temporäre Nutzungen und Veranstaltungen etc.)“

Das gesamte Projekt City 2013 soll 4,13 Mio. € kosten. In 2009 soll dazu das strategische Entwicklungskonzept sowie eine konkrete Zeit- und Maßnahmenplanung erstellt werden. Es soll ab 2010 umgesetzt werden.

Aufenthaltsqualität verbessern statt alte Planungen recyceln

Das Projekt ist sicher eine Chance für die Entwicklung der Solinger Innenstadt, birgt aber auch Risiken in sich. Die Frage ist, welche Rolle die Wünsche der InnenstadtbewohnerInnen und -nutzerInnen darin spielen werden.

Eine Befragung der Projektgruppe „Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum“ des Solinger Bündnisses für Familie im Mai 2006 in der Solinger Innenstadt ergab folgende Ver-

änderungswünsche: Die Befragten wollten vor allem mehr Spielmöglichkeiten, mehr Sitzgelegenheiten und mehr Bäume in der Innenstadt. Für den Alten Markt und den Fronhof wurde dabei ausdrücklich die Wichtigkeit von Sitzbänken betont. Die Bezirksvertretung Mitte setzte daraufhin bei der Neugestaltung des Neumarktes die Anlage von zusätzlichen Sitzbänken durch. Weiterhin beauftragte sie am 24.1.2008 die Verwaltung, die Vorschläge des Bündnisses für Familie „im Einzelnen zu prüfen und in einer der nächsten Sitzungen konkrete Vorschläge für die Umsetzung vorzulegen.“ Dies steht bis heute aus. Die bei City 2013 geplante „Umgestaltung Alter Markt“ wird einer der Knackpunkte werden, wie ernst es die Verwaltung bei der Entwicklung der öffentlichen Räume in der Innenstadt mit den Bürgerwünschen nimmt. Heute hat der Platz zwar einen unansehnlichen Flickenteppich als Untergrund, die lange halbrunde Bank wird aber sehr gut von den BesucherInnen der Innenstadt genutzt. Diese könnte ergänzt werden durch Spielmöglichkeiten. Es ist jedoch zu befürchten, dass die Verwaltung im Rahmen von City 2013 einen weiteren Versuch macht, einen viele Jahre alten, längst überholten Beschluss zur Umgestaltung des Alten Marktes umzusetzen, zumal sie schon zwei mal (zum Glück vergeblich) versuchte, die Planung im Rahmen des Landeswettbewerbs „Stadt macht Platz“ finanziert zu bekommen: Damals endete ein Wettbewerb zur Umgestaltung des Platzes mit einem Entwurf, der die vorhandenen öffentlich zugänglichen Sitzgelegenheiten komplett entfernt und stattdessen drei Podeste (eins aus Stahl, eins aus Glas und eins aus Holz) errichten will. Die Nutzbarkeit dieser Podeste für Menschen, die sich in der Innenstadt ausruhen und einfach den schönen Platz genießen wollen, ohne dafür Geld im Straßencafé auszugeben, ist nicht gegeben. Ältere Menschen werden sich auf ein Stahl- oder Glaspodest mit der entsprechenden Aufheizung bzw. Abkühlung wohl erst recht nicht setzen wollen.

Auch die anderen Planungen wird man sich ganz genau ansehen müssen: Verbessern sie die Aufenthaltsqualität für alle BewohnerInnen und NutzerInnen der Innenstadt, schaffen sie eine mit dem Südpark und der Nordstadt verbundene grüne City, in der man auch besser als heute spielen, sich ausruhen und wohnen kann, oder wird die Innenstadt rein auf die Einkaufsfunktion und Eventkultur ausgerichtet? Beides ist möglich. Es kommt darauf an, dass die BürgerInnen bei der Detaillierung und Umsetzung von City 2013 intensiv beteiligt werden und dass sie sich einmischen.

Dietmar Gaida



Den Aufruf des Solinger Appells und zahlreicher antifaschistischer und antirassistischer Initiativen zur Kundgebung und Demonstration anlässlich des 15. Jahrestag des Solinger Brandanschlages unterstützten mehr als 500 Teilnehmer.



SUCHE

einen kleinen hellen Arbeitsraum
als Textilwerkstatt
zu günstigen Konditionen

Tel. 0212/40 05 04





Aufruf zu Massenblockaden gegen den RassistInnenkongress

Gegenkundgebung: 20.9., 9 Uhr, Gürzenich, Köln (Gürzenichstraße/Martinstraße)

Vom 19. bis zum 21. September 2008 wollen RassistInnen und NeofaschistInnen aus ganz Europa in Köln einen so genannten „Anti-Islamisierung-Kongress“ durchführen. Auf Einladung der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Köln“ wollen bis zu 1000 Rechte verschiedenster Couleur (vom klassischen Neonazi bis hin zu Rechtskonservativen) unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik ihre Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion verbreiten.

„pro Köln“ ist eine extrem rechte Organisation, die seit Jahren in Köln und auch überregional rassistische Politik betreibt. Viele FunktionärInnen und Mitglieder von „pro Köln“ kommen aus neonazistischen Parteien und Gruppierungen wie etwa der NPD, den „Republikanern“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. In letzter Zeit hetzte „pro Köln“ vorrangig gegen den Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld und ging mit rassistischer und extrem rechter Propaganda auf Wählerfang.

Für den Kongress im September haben sich unter anderem VertreterInnen extrem rechter Parteien aus Österreich (FPÖ), Belgien (Vlaams Belang), Italien (Lega Nord), den USA (Robert Taft Group), Großbritannien (British National Party), Spanien und Ungarn angesagt. Außerdem soll der international bekannte Vorsitzende der extrem rechten Front National (FN), Jean Marie Le Pen, anlässlich des Kongresses in Deutschland auftreten. Mit ihrem europaweiten Hetzkongress verfolgen die altgedienten NeofaschistInnen von „pro Köln“ zwei Ziele: Erstens soll die Zusammenarbeit extrem rechter Parteien aus ganz Europa ausgebaut werden. Zweitens will „pro Köln“ mit dieser Großveranstaltung den Wahlkampf für die NRW-Kommunalwahlen 2009 eröffnen.

Wir werden weder ein solches internationales rassistisches Treffen dulden, noch zulassen, dass „pro Köln/pro NRW“ im Kommunalwahlkampf ungestört ihre rassistische Propaganda betreiben kann. Daher rufen wir dazu auf, diesen Kongress zu verhindern!

Dies kann uns nur gelingen, wenn an diesen Tagen möglichst viele Menschen gemeinsam den Veranstaltungsort blockieren und den Rechten den Durchgang versperren. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns dieses Ziel. Wir werden ihnen dabei unsere Entschlossenheit entgegensetzen und durch unsere Gemeinsamkeiten und Vielfalt unberechenbar sein. Mit dem

Mittel des zivilen Ungehorsams werden wir „pro Köln“ und Gefolge in die Schranken weisen.

**Beteiligt euch an Massenblockaden rund um den Kongressort!
Sie kommen nicht durch!**

Weitere Infos: www.hingesezt.mobi

Veranstaltung:

PRO NRW – RECHTSPOPULISMUS IN GESTALT EINER „BÜRGERBEWEGUNG“

In diversen Städten und Kreisen des Landes NRW tritt seit einiger Zeit eine Gruppierung unter dem Deckmantel einer angeblich lokalen Bürgerinitiative in Erscheinung, die sich als „Bürgerbewegung“ bezeichnet. Diese lokalen Bestrebungen gehen in NRW von der 2007 gegründeten Partei PRO NRW aus. PRO NRW hat bereits im Vorjahr seine Teilnahme an den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2009 sowie den Landtagswahlen 2010 angekündigt. Inhaltlich möchte man sich als DIE „Anti-Islam-Partei“ präsentieren und politisch rechts der CDU, jedoch in – vordergründiger – Abgrenzung zur extremen Rechten verorten. Exakt hier aber sind die zentralen Macher von Pro NRW politisch beheimatet.

Auch in Solingen hat PRO NRW die Gründung eines Kreis- bzw. Stadtverbandes angekündigt, eine Teilnahme an den Kommunalwahlen wurde in Aussicht gestellt.

Jürgen Peters, Bildungsreferent des Antirassistischen Bildungsforum Rheinland, Mitautor der Expertise „Rechtspopulismus in Gestalt einer ‚Bürgerbewegung‘“, wird die Strukturen, Aufbauarbeit und politische Methodik von PRO NRW unter die Lupe nehmen.

Die Veranstaltung wird vom Bündnis „Bunt statt Braun“ organisiert.

Dienstag, 16.9., 19.00 Uhr

in der Bergischen Volkshochschule, Solingen-Mitte, Mummstraße, 3.OG.

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,
Supervision, Coaching,
Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision,
Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;
zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: info@friedel-geisler.de

Internet: www.friedel-geisler.de

Frauen und
Café Courage
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

September

Donnerstag die wilde 13

Rock, Pop, Alternative
(i. d. Disco)
Start: 21 Uhr
Eintritt: 4 MVZ

Freitag, 05.09. Hot Stylez

House, Charts, Partyhits
Start: 20 Uhr
Eintritt: 4 Euro MVZ

Freitag, 12.09. Beat Circus

Electro, House
Start: 22 Uhr

Freitag, 19.09. 90 degrees

Die Nacht der 90er
Start: 21 Uhr
Eintritt: 6 Euro

Freitag, 26.09. minimolix

Electro, Minimal
Start: 22 Uhr Eintritt: 7 Euro

Samstag, 06.09. Sweet Dreams

Die Nacht der 80er

Samstag, 13.09. Midlife Crisis

Die wohl erfolgreichste Ü-30
Party im Bergischen!

Samstag, 20.09. Herz beißt

Haifisch
Die coolibri Party

Samstag, 27.09. Midlife Crisis

Die wohl erfolgreichste
Ü-30 Party im Bergischen!

**Samstags starten die
Parties um 21 Uhr**

gruppeninfos

AG Weiße Rose:

Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international:

Treff jeden 1. Mi. im Monat 20h, Kontakt 4 15 78

Anti-Hartz-Bündnis Solingen: c/o Café Courage

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bürgeraktion Contra Westtangente:

Kontakt Tel.: 1 78 45

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, geöffnet: Mi. 15-19h, Fr. 13-15h,

Tel.: 27 36 35

Café International: Treff jd. 1. Freitag im Monat,

19h, Wupperstraße 120

Cow Club: www.cowclub.de

Treff jeden Donnerstag 20h in der kantine /

COBRA, Tel.: 659 86 89,

DFG-VK Niederberg / Berg. Land: Beratung für

Kriegsdienstverweigerer,

Kontakt Hagü Weber Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung:

Mo. 19.5.2008 17-19 h, dann 14-tätig,

Café Courage

Förderverein Freibad Aufderhöhe:

Kontakt Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel.: Tel.: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. Tel.: 55470

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua:

Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Lesbentelefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt:

Kontakt: Ursel Ullmann Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:

www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de

Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 230 97 77

Solinger Appell/Forum gegen Krieg

und Rassismus: c/o: Café Courage,

Kontakt: solinger-appell@operamail.com

Treff: Do. 11.09.08, 20 h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de

Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal,

tacheles: www.tacheles-solingen.de

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, tacheles-solingen@gmx.de

Tauschring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat

(außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-

Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

Türkischer Volksverein:

Van-Meenen-Straße 1, Tel.: 20 48 45

Mo.-Fr. ab 15 h. Sa. u. So. ab 12 h Café, Mi.: Saz-

Kurs 17.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore

Unterstützerkreis Stolpersteine

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.: 0212/ 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschisten:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.: 0212/ 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom,

Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel. 59 07

bürgerfunk

Soweit nicht anders angegeben, beginnen die
Sendungen jeweils um 21.04 Uhr auf den
Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne /
99,95 MHz Kabel).

Bürgerfunk aus RS und SG im Internet:

<http://www.buergerfunk.bland.de>

Hier gibt es Informationen über die Studios,
Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-
Modell, Sendungen in RealAudio und vieles
mehr. Änderungen des Programms sind aus
technischen und sonstigen Gründen möglich.

02.09.2008	21:00	Radiostammtisch
04.09.2008	21:00	Kraftstation
05.09.2008	21:00	Radio BHS-RS
06.09.2008	21:00	Bassline
07.09.2008	20:00	Stimme der Senioren
08.09.2008	21:00	Rückblende
11.09.2008	21:00	Radio DMW
13.09.2008	21:00	Metal Inquisition
14.09.2008	20:00	Hangkgeschmedden
15.09.2008	21:00	noch unklar
16.09.2008	21:00	Ohrwerk
17.09.2008	21:00	Radio Vertikal
19.09.2008	21:00	Lautstark
20.09.2008	21:00	Chill Out
21.09.2008	20:00	Jugendstadtrat
23.09.2008	21:00	KBW
24.09.2008	21:00	Cowclub Radio
25.09.2008	21:00	2 Männer und Ich
26.09.2008	21:00	Radio Jam
27.09.2008	21:00	Metal Inquisition
28.09.2008	20:00	Snap

**Nicht gucken
mitmachen bei
der tacheles!**